

# 9. »Wahlalter 16« – eine Chance zur Überwindung der Politikverdrossenheit?

D&E-INTERVIEW MIT DR. JAN KERCHER, UNIVERSITÄT STUTTGART-HOHENHEIM

**B**ei den Kommunalwahlen 2014 sollen in Baden-Württemberg erstmals 16- und 17-Jährige wählen können. Die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg hat nach Auskunft des Ministerpräsidenten Kretschmann (Grüne) am 6.11.2012 eine Senkung des Mindestwahlalters bei Kommunalwahlen von 18 auf 16 Jahre beschlossen. Laut Innenminister Reinhold Gall (SPD) können nach Inkrafttreten der Gesetzesänderungen in zwei Jahren 212.000 Jugendliche erstmals über die Besetzung von Gemeinderäten oder Kreistagen abstimmen. Kretschmann sagte, durch die Senkung des Wahlalters bekämen Jugendliche künftig mehr Einfluss auf die Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes. Die Grünen und die SPD setzen damit eines ihrer Wahlziele um, wie zuvor schon in sechs anderen Bundesländern. In Bremen konnte die Ökopartei vor zwei Jahren eine entsprechende Wahlrechtsreform sogar für die Wahl zur Bürgerschaft durchsetzen. Am 22. Mai 2011 durften deshalb in Bremen zum ersten Mal auch 16- und 17-Jährige an einer Wahl auf Landesebene teilnehmen. Eine Senkung des Wahlalters auf Bundesebene, die ebenfalls von den Grünen beantragt worden war, scheiterte dagegen schon zweimal an der Mehrheit des Bundestages, zuletzt am 2. Juli 2009. Jürgen Kalb, Chefredakteur von D&E, befragte dazu im Januar 2013 den Kommunikationswissenschaftler Dr. Jan Kercher von der Universität Stuttgart-Hohenheim, der sich bereits mit dem Thema in verschiedenen wissenschaftlichen Studien beschäftigt hat.

**D&E:** In Baden-Württemberg hat die grün-rote Landesregierung die Herabsetzung des aktiven Wahlalters für die Kommunalwahl 2014 auf 16 Jahren in Gang gebracht. In Österreich gilt diese Regelung auch bei Nationalratswahlen seit 2008. Andere Bundesländer in Deutschland wie z. B. Bremen, NRW, Niedersachsen, Schleswig-Holstein oder Rheinland-Pfalz kennen diese Regelung ebenfalls. Sehen Sie persönlich darin eine Möglichkeit, junge Menschen näher an das parlamentarische System heranzuführen?

**Jan Kercher:** Potenziell ja. Allerdings sollte man bei der Einführung solcher Regelungen sehr bedacht und keinesfalls überstürzt vorgehen. Sonst fühlen sich viele Jugendliche überfordert von der neuen Verantwortung. Das war zum Beispiel in Österreich so. In einer Studie, die anlässlich der Wahlaltersenkung dort durchgeführt wurde, stellte sich heraus, dass die Jugendlichen von der Schule erwarten, auf ihr Wahlrecht vorbereitet zu werden. Denn die Schule wurde von den befragten Jugendlichen als ein Ort für eine sachliche Informationsvermittlung wahrgenommen. Gleichzeitig stellte sich jedoch heraus, dass die Jugendlichen nicht zufrieden waren mit der schulischen Vorbereitung auf ihre erste Wahlteilnahme, weil das Thema zu wenig oder zu spät im Unterricht behandelt wurde. Es zeigte sich auch, dass damit eine wichtige Chance vertan wurde, denn Schülerinnen und Schüler, die im Unterricht über die Wahl diskutiert hatten, gingen signifikant häufiger zur Wahl als andere Schülerinnen und Schü-

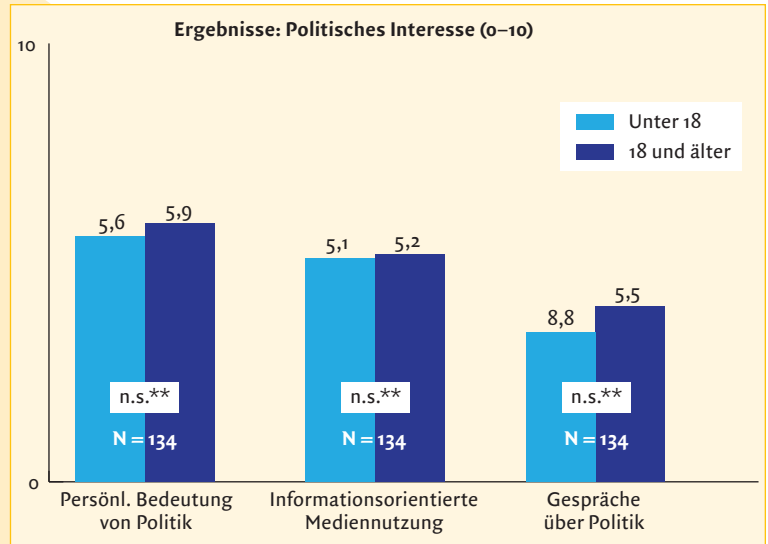
## »Schüler erwarten von der Schule, auf ihr Wahlrecht vorbereitet zu werden.«

ler. Für mich ergibt sich als Fazit aus diesen Befunden, dass man einer Wahlaltersenkung eine entsprechende Änderung der Bildungspläne voranstellen sollte. Damit diejenigen Jugendlichen, die es betrifft, dann auch schon in den Genuss einer entsprechenden schulischen Vorbereitung gekommen sind, wenn sie ihr Wahlrecht erlangen. Leider habe ich den Eindruck, dass diesem Vorbereitungsaspekt von der Politik häufig zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird, vermutlich auch, weil er mit sehr viel mehr Aufwand verbunden ist als eine einfache Gesetzesänderung zum Wahlalter. Das führt dann zu einem Ergebnis wie in Österreich, wo der SPÖ-Politiker Walter Steidl nach der Wahl zugab, dass man die Vorbereitung der Jugendlichen verschlafen habe. Wenn man in

Deutschland aus diesen Fehlern lernt und die Jugendlichen umfassend vorbereitet, dann sehe ich eine Wahlaltersenkung allerdings durchaus als Chance an, jugendliche Menschen an politische Themen heranzuführen. Denn wenn einem durch die Schule vermittelt wird, wie wichtig politische Teilhabe ist und man dann auch noch während seiner Schulzeit das Wahlrecht erlangt, dann ist das bestimmt eine gute Grundlage für eine positiv geprägte politische Sozialisation.

**D&E:** Sie haben das Politikverständnis, d. h. das politische Interesse, das politische Wissen sowie die Fähigkeit junger Menschen, politische Zusammenhänge in Politikerreden zu erfassen, bei unter 18- sowie über 18-jährigen empirisch untersucht und analysiert. Was ist denn eine »Experimentalanalyse« eigentlich genau und warum haben Sie diese durchgeführt?

**Jan Kercher:** Eine Experimentaluntersuchung ist eine Untersuchung, bei der die Versuchsbedingungen gezielt manipuliert oder



**Abb. 1** Politikverständnis und Wahlalter, Studie Jan Kercher.   
 Interesse = Durchschnittliche Selbsteinstufung der Teilnehmer auf einer Skala von 0 bis 10 (Wichtigkeit von Politik für das eigene Leben, Häufigkeit der Mediennutzung als politische Informationsquelle, Häufigkeit von Gesprächen über Politik).   
 \*\* sig. = Gruppenunterschiede sind statistisch signifikant, n.s. = nicht signifikant   
 © Jan Kercher: Politikverständnis und Wahlalter

kontrolliert werden, um ihren Einfluss besser untersuchen zu können als in einer natürlichen Situation, bei der immer sehr viele Störfaktoren vorhanden sind. Wenn sich Menschen z. B. zu Hause eine politische Talk-Show anschauen, dann sind sie vielleicht abgelenkt, weil nebenher jemand redet. Wenn man ihnen dann Verständnisfragen zur Talk-Show stellen würde, dann würden sie vermutlich ziemlich schlecht abschneiden. Das muss aber nicht daran gelegen haben, dass sie die Politiker wirklich nicht verstehen konnten, sondern vielleicht einfach nur daran, dass sie abgelenkt wurden. Deshalb kontrolliert man die Versuchsbedingungen in einem Experiment und sorgt zum Beispiel dafür, dass solche Ablenkungsfaktoren nicht vorhanden sind. Wenn dann immer noch Verständnisprobleme auftreten, dann ist es sehr wahrscheinlich, dass diese wirklich dadurch zu erklären sind, dass sich die Politiker nicht verständlich genug ausdrücken. Oder dadurch, dass die Zuschauer zu wenig Vorwissen haben, das kommt auf den Standpunkt an. Das ist im Übrigen ein grundlegendes Problem beim Thema Politik und Verständlichkeit: Wem gibt man die Schuld, wenn man auf Verständnisprobleme trifft? Den Bürgern, die zu wenig Vorwissen haben oder den Politikern, die sich nicht verständlich genug ausdrücken? Die Bürger selbst neigen natürlich dazu, den Politikern die Schuld zu geben, während diese häufig das Gefühl haben, sich gar nicht anders ausdrücken zu können, ohne das Thema zu stark zu vereinfachen. Das nennt man übrigens den »Fluch des Wissens«. Wenn man sehr viel über ein Thema gelernt hat und dieses Wissen auch schon eine ganze Weile besitzt, dann wird es immer schwieriger, sich noch in andere Leute hinein zu versetzen, die nicht dasselbe Vorwissen haben. In der Sprache führt das dann dazu, dass schwierige Wörter nicht mehr als solche wahrgenommen werden. Das ist aber ein ganz natürlicher Prozess und passiert nicht nur Politikern, sondern zum Beispiel auch Wissenschaftlern oder sonstigen Experten. Besonders problematisch ist das dann, wenn man nicht direkt mit den eigentlichen Adressaten der eigenen Botschaften konfrontiert ist, wie eben in einer Talkshow. Da richten sich die Teilnehmer ja eigentlich an die Fernsehzuschauer, nicht an die anderen Gäste. Aber von den Fernsehzuschauern kann ja niemand nachfragen, wenn er oder sie etwas nicht versteht. Allerdings: Das trauen sich viele auch dann nicht, wenn der Politiker oder die Politikerin direkt vor einem steht. Man will dann eben lieber nicht zugeben, dass einem viele Begriffe nicht geläufig sind und ärgert sich doch gleichzeitig über den abgehobenen Sprachstil des Politikers.

**D&E:** Wie sah Ihre Untersuchung denn genau aus und zu welchen Ergebnissen sind Sie darin gekommen?

**Jan Kercher:** Wir haben 134 junge Stuttgarterinnen und Stuttgarter im Alter von 16 bis 21 Jahren befragt und sie mit kurzen Politiker-Reden konfrontiert. Das waren etwa fünfminütige Video-Podcasts von Angela Merkel, Kurt Beck, Guido Westerwelle und Oskar Lafontaine. Vor dem Anschauen der Videos haben wir das politische Interesse und Wissen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfasst. Und nach dem Anschauen jedes Videos haben wir sie dann gefragt, wie verständlich sie die Podcasts subjektiv fanden und ihnen auch noch Verständnisfragen zu den Inhalten der Videos gestellt. Dabei haben wir auch erfasst, wie sicher sich die Befragten bei ihren Antworten waren. Entscheidend war, dass wir

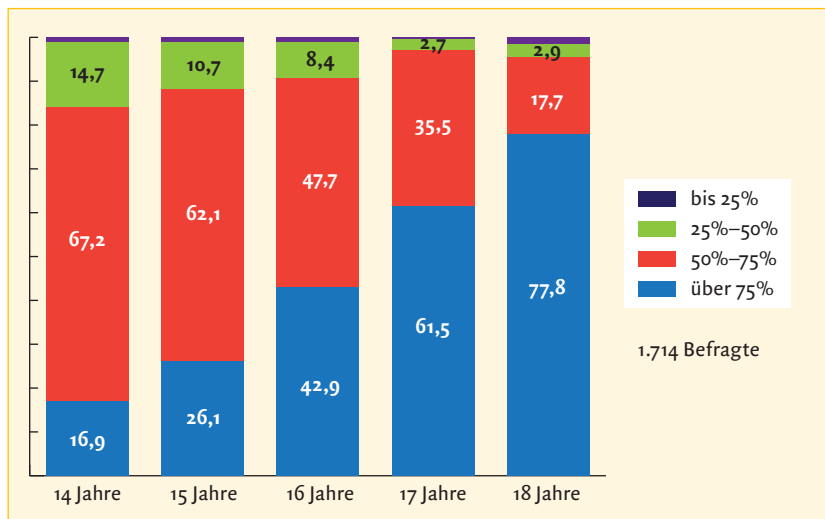


Abb. 2 Politisches Wissen von Jugendlichen, Rheinland-Pfalz 2005

© Jens Tenscher/Philipp Scherer (2012): Jugend, Politik und Medien. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen von Jugendlichen in Rheinland-Pfalz. Münster, S. 86

## »Einer Wahlaltersenkung sollte man eine Änderung der Bildungspläne voranstellen.«

bei der Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gezielt unterschiedliche Bildungsgrade und Altersstufen abgedeckt haben. Zum einen haben wir 16- und 17-jährige Neuntklässler auf der Hauptschule und im Gymnasium befragt. Und zum anderen 18- bis 21-jährige Berufsschüler und Studienanfänger.

Betrachtet man unsere Ergebnisse, so stellt sich heraus, dass das Alter tatsächlich einen deutlichen Einfluss auf das Abschneiden der Befragten bei den Wissens- und Verständnisfragen hatte. Und zwar unabhängig vom Bildungsgrad. Sowohl die volljährigen Berufsschüler als auch die Studienanfänger schnitten sehr viel besser ab als die Neuntklässler in der Hauptschule und auf dem Gymnasium. Das ist unserer Interpretation nach eine Folge der bisherigen Bildungspläne in Baden-Württemberg, die den Großteil der politischen Bildung erst in den höheren Schulstufen vorsehen und nicht schon vor Erreichen des 16. Lebensjahres. Mit anderen Worten: Sie sind offensichtlich ausgerichtet auf ein Wahlrecht ab 18, das ja bislang in Baden-Württemberg auch so gilt. Interessant war für uns aber

auch, dass es beim politischen Interesse zwischen den älteren und den jüngeren Befragten kaum Unterschiede gab. Die Jüngeren interessierten sich also fast genauso stark für Politik wie die Älteren. Das bedeutet, dass sich die 16- und 17-jährigen durchaus für Politik interessieren, aber bislang offensichtlich deutlich weniger von Politik verstehen als volljährige Schüler und Studienanfänger.

**D&E:** Können Sie aus den Ergebnissen Ihrer Studie auch Konsequenzen für die politische Bildung junger Menschen sowie für die Bildungspläne der Schulen ableiten?

**Jan Kercher:** Ja. An unseren Ergebnissen lässt sich ja recht deutlich der Effekt der bisherigen Bildungspläne in Baden-Württemberg ablesen. Da liegt die Vermutung sehr nahe, dass ein Vorziehen der politischen Bildung in den Schulen – und zwar in allen weiterführenden Schulen – dazu führen würde, dass sich die Altersunterschiede, die wir in unserer Studie feststellen konnten, deutlich verringern würden. Auf diese Weise könnte man eine Überforderung vieler Jugendlicher, wie man sie in Österreich beobachten konnte, vermutlich vermeiden. Ich finde, dass man das Ganze recht gut mit der Diskussion über die Einführung des Euro vergleichen kann. Damals gab es zwei Lager, die Anhänger der so-

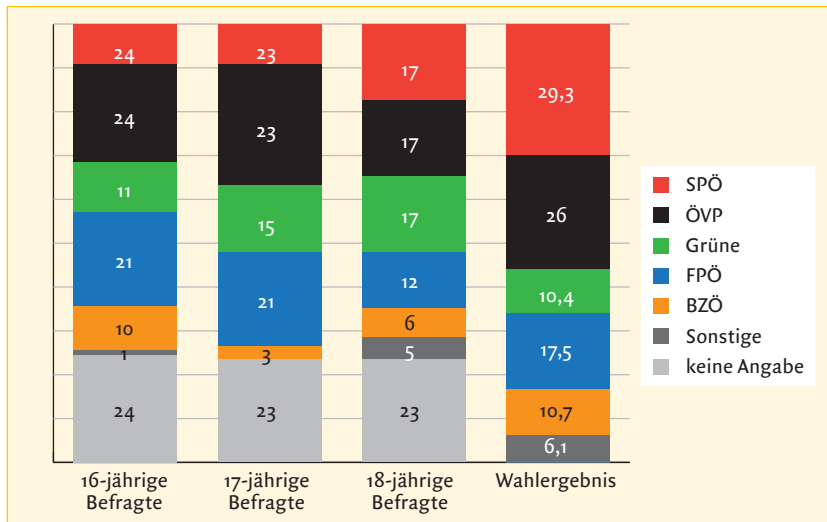


Abb. 3 Nationalratswahl in Österreich: Wahlverhalten nach Alter  
© Sora-Studie »Wählen mit 16« – Eine Post Election Study zur Nationalratswahl 2008

genannten »Lokomotiv-Theorie« und die Anhänger der »Kronen-Theorie«. Die Anhänger der Lokomotiv-Theorie, die sich letztlich auch durchgesetzt haben, argumentierten, dass der Euro die finanzpolitische Integration Europas unterstützen und beschleunigen würde und deshalb ein wichtiger erster Schritt hierfür sei. Dem hielten die Anhänger der Kronen-Theorie entgegen, dass es unverantwortlich sei, eine gemeinsame Währung einzuführen, bevor die Finanzpolitik der Europäischen Union nicht stärker vereinheitlicht sei. Blickt man heute zurück und betrachtet die Schulden-Krise, mit der wir es gerade zu tun haben, dann wirkt es, als hätten die Anhänger der Kronen-Theorie vielleicht doch Recht gehabt. Und aus meiner Sicht gibt es viele gute Gründe, auch bei der Wahlaltersenkung eine Kronen-Strategie zu wählen. Das heißt: Erst die Änderung der Bildungspläne, dann die Wahlaltersenkung. Nicht andersherum.

**D&E:** Seit einigen Jahren organisiert der Berliner Verein »Kumululus e.V.«, zum Teil mit großer Unterstützung der jeweiligen Kultusbürokratie vor zentralen Europa-, Bundestags- oder Landtagswahlen mit der »Juniorwahl« Wahlsimulationen vor dem tatsächlichen Wahlgang. Reichen solche oder andere Initiativen nicht völlig aus, muss es gleich die Herabsenkung des Wahlalters auf 16, oder wie der Bundes- sowie zahlreiche Landesjugendringe fordern, gar auf 14 Jahre sein?

**Jan Kercher:** Das ist letztlich eine Frage, die die Politik entscheiden muss, nicht die Wissenschaft. Wir als Wissenschaftler können nur darauf hinweisen, dass es aktuell deutliche Wissens- und Verständnisunterschiede zwischen heutigen Erstwählern und potenziellen zukünftigen Erstwählern gibt. Gleichzeitig aber kaum Unterschiede beim politischen Interesse.

Ich persönlich bin der Meinung, dass jedes Wahlalter letztlich willkürlich ist. Ob nun 18 Jahre, 16 Jahre, 14 Jahre, 12 Jahre oder vielleicht sogar 0 Jahre, wie es die Grüne Jugend fordert: Niemand kann sagen, was »objektiv« das richtige Wahlalter ist. Das muss man gesellschaftlich diskutieren und dann so festlegen, wie es die Mehrheit nach dem Austausch aller relevanten Argumente für sinnvoll hält. Früher lag das Wahlalter ja mal bei 21 Jahren. Dann kam Willy Brandt und überzeugte die Deutschen, dass es sinnvoll sei, »mehr Demokratie zu wagen«. Daraufhin wurde das Wahlalter auf 18 Jahre gesenkt, erst das aktive Wahlalter und dann auch das

passive Wahlalter. Aktuell beobachten wir eine ähnliche Entwicklung hin zum Wahlalter ab 16. Allerdings hat sich bislang kein ähnlich prominenter und einflussreicher Bundespolitiker wie damals Willy Brandt für solch eine Wahlaltersenkung ausgesprochen. Und deshalb dauert das Ganze deutlich länger als damals. Außerdem betrifft die Diskussion bislang auch kaum die Bundesebene, sondern vor allem die Landes- und Kommunalebene. Die Grünen haben zwar auch schon entsprechende Gesetzesentwürfe in den Bundestag eingebracht, aber die sind bislang sehr klar gescheitert, weil sie von fast allen anderen Parteien abgelehnt wurden. Was mich wundert, ist, dass bislang – anders als zur Zeit von Willy Brandt – kaum über eine Senkung des passiven Wahlalters gesprochen wird. Das bedeutet, dass jemand mit 16 Jahren zwar in der Lage sein soll, eine Partei zu wählen, aber noch nicht in der Lage sein soll, als Kandidat für eine Partei anzutreten. Das kann man ja durchaus so richtig finden. Nur sollte man das dann auch entsprechend diskutieren und begründen. Und das kommt mir

in der aktuellen Diskussion zu kurz.

Aber um noch einmal auf Ihre Frage zurückzukommen: Juniorwahlen sind natürlich eine sehr gute Möglichkeit der Vorbereitung auf das »echte« Wahlrecht. Aber sie werden natürlich immer eine Simulation sein und haben letztlich keinen Einfluss auf die Zusammensetzung der Parlamente. Bestimmt kann man auch auf diese Weise Jugendliche für Politik begeistern. Aber das zentrale Argument der Befürworter einer Wahlaltersenkung lautet ja gerade, dass nur ein echtes Wahlrecht eine Verantwortung mit sich bringt, die dann auch zu einer größeren Relevanz der Politik im Alltag der Jugendlichen führt. Deshalb würde ich Juniorwahlen und Wahlaltersenkung nicht als Alternativen sehen, sondern eher als zwei Ansätze, die sich gegenseitig ergänzen können: Denn Juniorwahlen könnten ja gerade für 14- und 15-Jährige eine gute Vorbereitung auf ein Wahlrecht ab 16 sein.

## »Eine Wahlaltersenkung bietet die Chance, jugendliche Menschen an politische Themen heranzuführen.«

**D&E:** In Rheinland-Pfalz gab es detaillierte Schülerbefragungen zum Thema Wahlalter mit 16, die in dem Band »Jugend, Politik und Medien« von Jens Tenscher und Philipp Scherer 2012 veröffentlicht wurden. Was sind Ihrer Meinung nach die zentralen Befunde der Befragung und was ziehen Sie daraus für Schlüsse?

**Jan Kercher:** Die Befragungen bestätigten zunächst einmal einen Befund, den wir schon bei vielen anderen Wahl-Umfragen mit Jugendlichen oder Juniorwahlen beobachten konnten: Jugendliche tendieren häufiger zu den Grünen und leider auch häufiger zu rechtsradikalen Parteien als ältere Wählerinnen und Wähler. So lag der Anteil derjenigen, die eine Wahlpräferenz für DVU, Republikaner oder NPD äußerten, bei den 14- bis 18-jährigen Befragten bei insgesamt 5,3 Prozent. Bei der Bundestagswahl 2005, die etwa zeitgleich stattfand, lag der Anteil dieser drei Parteien zusammengekommen jedoch nur bei 2,4 Prozent. Also weniger als halb so hoch.

Was sich ebenfalls bestätigte, waren die großen Wissensunterschiede zwischen den verschiedenen Altersgruppen. So stieg das politische Wissen in den Befragungen von Jens Tenscher und Philipp Scherer zwischen 14 und 18 Jahren jedes Jahr deutlich an. Der größte Sprung beim Wissen lag jedoch zwischen dem 15. und dem 16. Lebensjahr. Das könnte man aus Sicht der Befürworter einer Wahlaltersenkung als Zeichen dafür interpretieren, dass 16 mög-

licherweise wirklich ein sinnvolles Wahlalter darstellt. Allerdings bräuchte man hierfür möglichst noch weitere Befunde, die zu ähnlichen Erkenntnissen kommen. Denn wie ich bereits gesagt habe, hängt die Entwicklung des politischen Wissens ja vor allem auch mit den jeweiligen Bildungsplänen zusammen. Und diese sahen in Rheinland-Pfalz, wo die Befragung von Tenscher und Scherer durchgeführt wurde, natürlich etwas anders aus als in Baden-Württemberg, wo wir unsere Untersuchung durchgeführt haben. Hätte man vergleichbare Studien aus mehreren Bundesländern, könnte man auf deren Basis auch besser beurteilen, welche Form von politischer Bildung zu welchem Ergebnis führt. Leider ist dies aber bislang nicht der Fall, was für mich auch wieder zeigt, dass dem Bildungs- und Vorbereitungsaspekt bislang zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die dritte wichtige Erkenntnis aus der »Jugend, Politik und Medien«-Studie ist, dass es nur bei den 14-jährigen Befragten eine Mehrheit für ein Wahlrecht ab 16 gab. Und die fiel auch noch sehr knapp aus: 38,2 Prozent waren für ein Wahlrecht ab 16 und 37,6 Prozent waren für ein Wahlrecht ab 18 – also die Beibehaltung des jetzigen Zustands. In allen anderen Altersgruppen, also zwischen 15 und 18 Jahren, gab es eine Mehrheit für das Wahlrecht ab 18 – erstaunlicherweise also auch bei den 16- und 17-Jährigen, die ja von der Wahlaltersenkung direkt betroffen wären. Bei den 16-Jährigen sprachen sich aber 51,7 Prozent für ein Wahlrecht ab 18 aus, bei den 17-Jährigen sogar 60,4 Prozent. Für ein Wahlrecht ab 16 plädierten hingegen nur 38,4 bzw. 32,0 Prozent. Man sieht also, dass die Zustimmung zu einer Wahlaltersenkung zwar mit sinkendem Alter zunimmt. Aber trotzdem lehnt eine Mehrheit der 15- bis 18-Jährigen eine Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre ab. Das fand ich schon sehr überraschend. Und ich finde, dass man darüber mit den Befürwortern einer Wahlaltersenkung sprechen muss. Denn diese argumentieren ja gerade damit, dass sie sich für die Interessen der Jugendlichen einsetzen, die bislang noch kein Wahlrecht besitzen, weil sie diese ernst nehmen wollen. Wenn man sich die Umfrage-Ergebnisse aus Rheinland-Pfalz anschaut, dann würde ein Ernstnehmen der Befragten eher zu dem Ergebnis führen, dass man das mit der Wahlaltersenkung lieber sein lässt. Denn möglicherweise würde man da etwas einführen, was die Mehrheit der Betroffenen gar nicht will. Zumindest bislang noch nicht. Um dies zu ändern, müssen die Befürworter vermutlich noch deutlich mehr Überzeugungsarbeit bei den betroffenen leisten – gerade, um diese ernst zu nehmen und der Wahlaltersenkung damit auch eine breitere Legitimationsbasis zu verschaffen.

**D&E:** Kritische Stimmen aus dem Unionslager und aus der FDP in Baden-Württemberg betonen, die grün-rote Landesregierung möchte das Wahlalter vor allem deshalb senken, um sich bei zukünftigen Wahlen Vorteile zu verschaffen. Bei der Landtagswahl werde dies deshalb in Baden-Württemberg nicht möglich sein, weil dazu die Verfassung mit 2/3 Mehrheit geändert werden müsste. Teilen Sie diese Bedenken, wenn Sie z. B. einen Blick auf die bisherigen Wahlergebnisse in Österreich oder auf die betroffenen Bundesländer in Deutschland werfen?

**Jan Kercher:** Ich finde es zunächst einmal erfreulich, wenn offen darüber gesprochen wird, dass die Parteien mit einer Wahlaltersenkung natürlich nicht nur selbstlose Motive verfolgen, sondern sehr wohl auch darauf achten, wie sich solch eine Gesetzesänderung auf ihre Stimmenanteile auswirken würde. In Bezug auf die

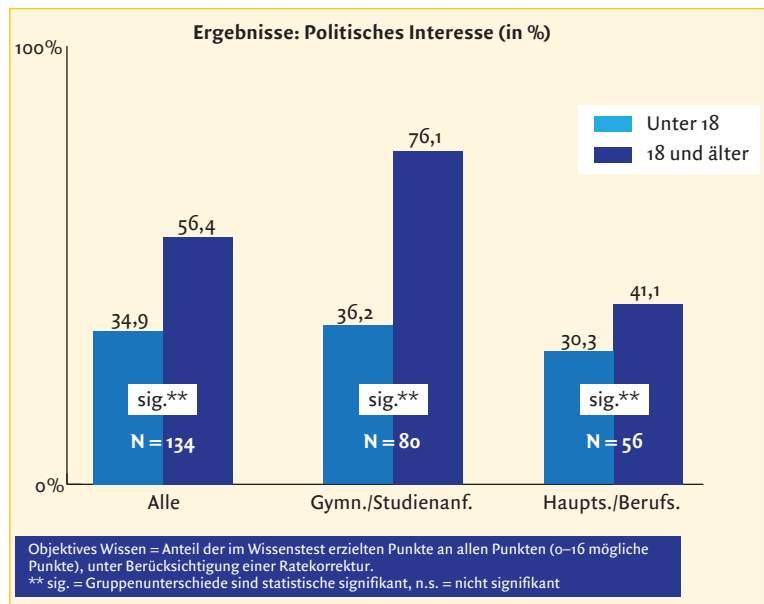


Abb. 4 Politikverständnis und Wahlalter, Experimentaluntersuchung

© Jan Kercher, Universität Hohenheim, 2012

Grünen hätte eine Wahlaltersenkung wohl auch tatsächlich positive Auswirkungen für die Wahlergebnisse. Denn die Grünen erzielen bei Umfragen unter 16- bis 17-Jährigen, bei Juniorwahlen und auch bei tatsächlichen Wählern im Alter von 16 und 17 Jahren immer deutlich bessere Ergebnisse als beim Rest der Wählerschaft. Das war übrigens auch in Österreich so. Und in Baden-Württemberg haben die Grünen bei der Juniorwahl 2011 stolze 34,0 Prozent erzielt, im Vergleich zu 24,2 Prozent bei der eigentlichen Landtagswahl. Ähnlich sah es in Bremen 2011 aus: Hier lagen die Grünen insgesamt bei 22,5 Prozent. Laut einer Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen lag ihr Stimmenanteil bei den 16- und 17-Jährigen aber bei 33,0 Prozent. Ich stelle den Grünen zwar keineswegs, dass sie aus rein wahltaktischen Gründen für eine Wahlaltersenkung sind. Dagegen spricht schon allein die geringe Zahl der 16- und 17-Jährigen, die nur zu einer relativ geringen Änderung der Wahlergebnisse führen würde. Aber ich denke andererseits auch, dass es kein Zufall ist, dass sich mit den

Grünen eine Partei besonders für eine Wahlaltersenkung einsetzt, die auch in besonderem Maße davon profitieren würde. Genauso wie ich denke, dass es kein Zufall ist, dass sich die CDU bislang vehement gegen solch eine Gesetzesänderung sperrt. Denn sie schneidet bei den 16- und 17-Jährigen regelmäßig deutlich schlechter ab als im Rest der Wählerschaft. Genauso wie CDU und FDP also dem rot-grünen Lager vorwerfen, sich nur aus Eigeninteresse für eine Wahlaltersenkung einzusetzen, könnte man ihnen

vorwerfen, sich nur aus Eigeninteresse gegen eine Wahlaltersenkung einzusetzen. Letztlich ist es vermutlich bei allen Parteien eine Mischung aus echtem Interesse oder Desinteresse an der Beteiligung der Jugend und einer gewissen Portion Eigeninteresse, die die Haltung zur Wahlaltersenkung bestimmt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang übrigens v. a. das Verhalten der SPD. Denn die SPD kann nach den bisherigen Erkenntnissen keinesfalls mit einer Erhöhung ihrer Stimmenanteile durch eine Wahlaltersenkung rechnen. Eher im Gegenteil: In Bremen lag sie bei den 16- und 17-Jährigen bei 28,5 Prozent, insgesamt aber bei 38,6 Prozent. Anders als bei Grünen und CDU kann man hier also eigentlich kein Eigeninteresse unterstellen. Trotzdem unter-

## »Die Entwicklung des politischen Wissens hängt vor allem mit den jeweiligen Bildungsplänen zusammen.«



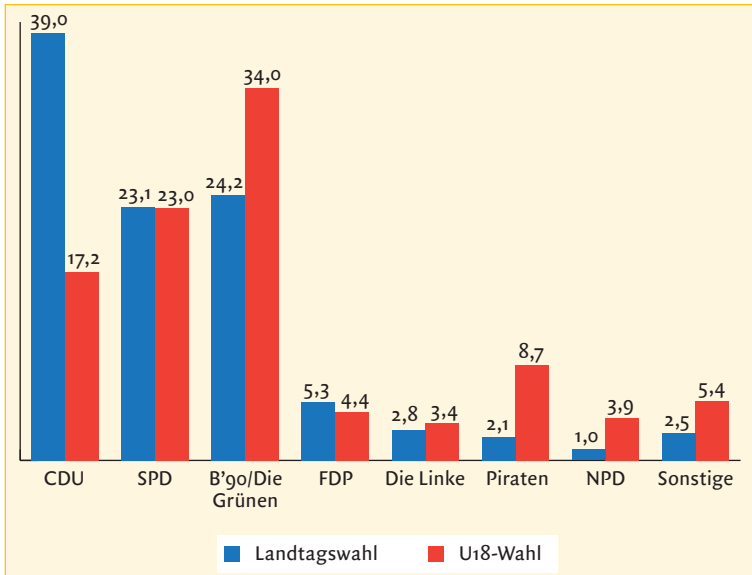


Abb. 5 Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg und U-18 Wahl des Landesjugendrings Ba-Wü  
© Landeswahlleiter Baden-Württemberg, Landesjugendring Baden-Württemberg e.V.

stützt die SPD auf Landes- und Kommunalebene meistens die Initiativen der Grünen für eine Senkung des Wahlalters. Es handelt sich dabei also entweder um echte Überzeugung – die sogar so groß ist, dass dafür mögliche Verluste bei den Stimmanteilen in Kauf genommen werden – oder um große Solidarität mit dem bevorzugten Koalitionspartner.

**D&E:** Kritiker sagen auch, dass insbesondere männliche Jugendliche mit einer Wahl ab 16 »ihr Mütchen kühlen« wollten und rechtsradikal wählen. Sind solche Tendenzen zu befürchten?

**Jan Kercher:** Wenn auf eine angemessene Vorbereitung der Jugendlichen verzichtet wird, auf jeden Fall. Das zeigen die Wahlergebnisse aus Österreich und die Juniorwahl-Ergebnisse aus Baden-Württemberg recht deutlich. Betrachtet man die Ergebnisse der Befragungen von Jens Tenscher und Philipp Scherer, so zeigt sich, dass die vergleichsweise hohen Anteile der rechtsradikalen Parteien bei den Jungwählern fast ausschließlich auf die Präferenzen der männlichen Jugendlichen zurückzuführen sind. Hier lag der Anteil von DVU, Republikanern und NPD bei 8%, bei den weiblichen Jugendlichen hingegen nur bei 2%. Gerade die männlichen Jugendlichen müsste man im Vorfeld einer Wahlaltersenkung also verstärkt in den Blickpunkt nehmen. Was ich dabei besorgniserregend finde, ist, dass selbst in Bremen, wo zahlreiche Projekte zur Vorbereitung der Jugendlichen durchgeführt wurden, der Stimmenanteil der NPD bei den 16- und 17-Jährigen mit 4,5 Prozent fast exakt dreimal so hoch war wie bei allen Wählerinnen und Wählern. Ich habe mir daraufhin die verschiedenen Projekte noch einmal genauer angeschaut. Und musste feststellen, dass zwar durchaus der Wille vorhanden war, die Jugendlichen auf ihr Wahlrecht vorzubereiten. Dass diese Vorbereitungen aber fast ausnahmslos wenige Wochen oder sogar Tage vor der Wahl starteten. Auch hier wurde also keine langfristige Vorbereitung anhand der Bildungspläne vorgenommen, sondern eine recht kurzfristige Vorbereitung anhand verschiedener, außerplanmäßiger Schulprojekte. Das ist zwar durchaus löblich und teilweise durchaus erfolgreich – was v. a. die hohe Wahlbeteiligung bei den Jungwählern zeigt. Trotzdem sollte man sich ange-

sichts der Ergebnisse der Wahltagsbefragung Gedanken darüber machen, ob solche kurzfristigen und außerplanmäßigen Projekte wirklich eine ausreichende Begleitung einer so tiefgreifenden Veränderung des Wahlsystems sind.

**D&E:** Forschungen im Bereich des Wertewandels in modernen Gesellschaften betonen häufig den an postmateriellen Werten ausgerichteten Wunsch insbesondere junger Menschen nach mehr Möglichkeiten der politischen Partizipation. Ist diese Tendenz nach wie vor stabil und gibt es Unterschiede, was die soziale Herkunft, die besuchte Schulform bzw. den erreichten Bildungsabschluss sowie das Geschlecht betreffen?

**Jan Kercher:** Bei den prominenten und teilweise privat finanzierten Jugendstudien, die immer wieder in den Medien diskutiert werden, muss man sehr vorsichtig sein. Teilweise hapert es da ganz erheblich bei der Erhebungsmethodik und teilweise lösen sich die angeblichen Besonderheiten bei den politischen Einstellungen von Jugendlichen bei genauerem Hinsehen in Luft auf. Nicht umsonst haben Edeltraud Roller, Frank Brettschneider und Jan W. van Deth ihrem Sammelband zum Thema »Jugend und Politik«, der den Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung untersucht, den Titel »Voll normal!« gegeben.

Denn was man bei einer seriösen Auswertung der vorhandenen Daten immer wieder feststellt, ist, dass sich die Jugendlichen in ihren Einstellungen gar nicht so sehr von den Älteren unterscheiden. So handelt es sich bei vielen Veränderungen, die sich bei den Jugendlichen im Zeitverlauf zeigen um allgemeine Veränderungen, die auch für die gesamte Bevölkerung nachweisbar sind. Die drei erwähnten Forscher kommen also zu dem Ergebnis, dass die jugendspezifischen Muster, wie sie vielfach auf der Basis von Jugendstudien ermittelt werden, offenbar wegen des fehlenden Vergleichs über alle Altersgruppen und über die Zeit überschätzt werden. Zum Thema Wertewandel: Was sich nach Roller und Kollegen ebenfalls feststellen lässt, ist, dass im Zuge allgemeiner gesellschaftlicher Wandlungsprozesse in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren in Deutschland eine neue Generation von Jugendlichen herangewachsen ist, die sich von den Jugendlichen der 1970er und 1980er Jahre unterscheidet. Nach der Theorie des postmaterialistischen Wertewandels von Inglehart sind Jugendliche

»Es ist kein Zufall, dass sich mit den Grünen eine Partei besonders für eine Wahlaltersenkung einsetzt, die auch in besonderem Maße davon profitieren würde.«

ja vor allem postmaterialistisch orientiert, präferieren Themen und Positionen der Neuen Politik, wählen grün-alternative Parteien und sind politisch aktiv. Dieses Bild der Jugend ist in der Politischen Soziologie auch heute noch sehr verbreitet. Es trifft aber offenbar nicht mehr uneingeschränkt auf die heutige Jugend zu. Der Trend zeigt sogar in eine andere Richtung. Die Jugend von heute unterscheidet sich von der Jugend der 1970er und 1980er Jahre zum Beispiel dadurch, dass sie eine höhere politische Kompetenz besitzt, in geringerem

Ausmaß postmaterialistisch orientiert ist und Gleichheit als rechtfertigende Gerechtigkeitsideologie befürwortet. Zudem zeichnet sie sich durch eine geringere Wahlbeteiligung aus, identifiziert sich weniger häufig mit einer politischen Partei und wählt auch seltener die Grünen als früher. Zusammenfassend lässt sich also feststellen: Die heutige Jugend ist im Vergleich zu ihren Vorgängergenerationen politisch kompetenter, konservativer in ihren Wertorientierungen und ihrer Wahlentscheidung, weniger stark an politische Parteien gebunden und geht seltener zur Wahl.

Was die Einflüsse von Geschlecht, sozialer Herkunft und Bildung angeht: Generell lässt sich sagen – und das zeigt sich auch in der bereits erwähnten Untersuchung von Tenscher und Scherer –, dass männliche und höher gebildete Jugendliche mehr Interesse an Politik und politischer Partizipation bekunden als weibliche und geringer gebildete Jugendliche. Auch das politische Interesse der Eltern spielt eine sehr wichtige Rolle: Je stärker sich die Eltern für Politik interessieren, desto höher fällt auch das politische Interesse ihrer Kinder aus. Die politische Sozialisation ist also sehr stark von Geschlecht, sozialer Herkunft und dem Bildungsweg abhängig. Zum Beispiel zeigen sich auch deutliche Bildungseinflüsse bei der Frage, welche Ebenen von Politik für die Jugendlichen interessant sind. Gymnasiasten bekunden hier deutlich häufiger ein Interesse an internationaler Politik als Hauptschüler, die sich dafür mehr für kommunale Politik interessieren als Gymnasiasten. Auch die subjektive politische Kompetenz, die sich die Jugendlichen selbst zumessen, nimmt mit dem Bildungsgrad eindeutig zu. Zudem schätzen sich Jungen hier meistens deutlich höher ein als Mädchen. Bezüglich der Wertorientierungen lässt sich sagen, dass männliche Jugendliche häufig etwas materialistischer orientiert sind als weibliche Jugendliche und dass die materialistischen Orientierungen mit zunehmendem Bildungsgrad eher abnehmen. Aber auch hier gilt: Das kann man ebenso im Rest der Gesellschaft beobachten. Die Jugendlichen sind letztlich also wirklich »voll normal«.

**D&E:** Welche weiteren Partizipationsformen als das aktive Wahlrecht bevorzugen denn Jugendliche und junge Erwachsene? Wächst gerade eine aktive Generation, die eine moderne Zivilgesellschaft erst möglich macht, heran?

**Jan Kercher:** Die heutigen Jugendlichen weisen eine deutlich geringere Bereitschaft auf, sich langfristig an institutionalisierte Formen der politischen Partizipation zu binden. Das betrifft zum Beispiel Partei-Mitgliedschaften oder auch die Wahlbeteiligung. Das bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass weniger politisch partizipiert wird. Sondern eben vor allem weniger institutionell, sondern eher spontan, kurzfristig und anlassbezogen. Zum Beispiel durch die Teilnahme an Online-Petitionen, durch Flashmobs oder Shitstorms. Auch die Occupy-Bewegung ist für mich ein Beispiel dafür, dass institutionelle Formen der politischen Partizipation für viele jüngere Menschen keine attraktive Option mehr sind. Denn die Idee der Occupy-Bewegung war ja gerade, dass sie keine festen Strukturen und vor allem auch kein Führungspersonal hat. Für die Parteien bedeutet das natürlich, dass es immer schwieriger wird, neue Mitglieder zu gewinnen, die auch langfristig aktiv bleiben. Das sieht man ja an den sinkenden Mitgliederzahlen fast aller Parteien: Die ausscheidenden Mitglieder können schon lange nicht mehr durch neue Mitglieder kompensiert werden – wie das früher immer der Fall war. Das führt dazu, dass die Parteien hier umdenken müssen – auch, um ihre Finanzierungsbasis zu sichern, die ja zu einem großen Teil auf den Mitgliedsbeiträgen aufgebaut ist. Das Aufkommen der Piratenpartei hat die etablierten Parteien hier zusätzlich aufgeschreckt: Im gerade beginnenden Bundes-

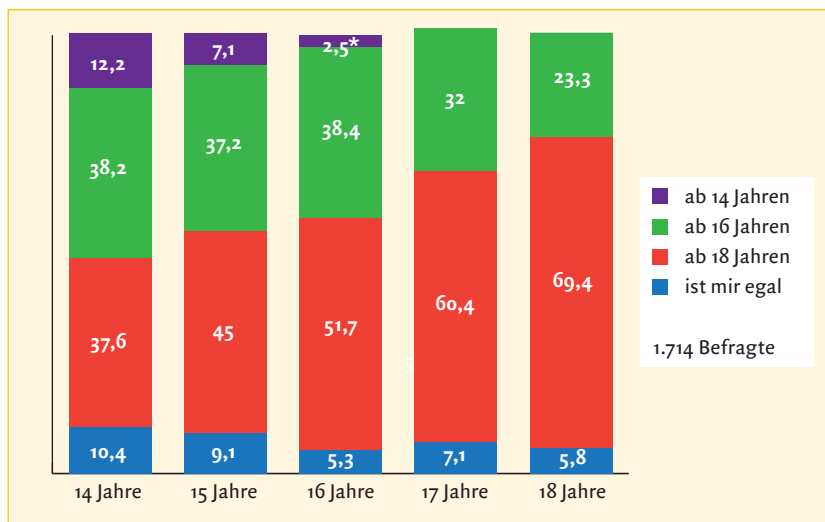


Abb. 6 Einstellungen zum Wahlalter, Rheinland-Pfalz 2005

© Jens Tenscher/Philipp Scherer (2012): Jugend, Politik und Medien.

Politische Orientierungen und Verhaltensweisen von Jugendlichen in Rheinland-Pfalz. Münster, S. 177

## »Die heutigen Jugendlichen weisen eine deutlich geringere Bereitschaft auf, sich langfristig an institutionalisierte Formen der politischen Partizipation zu binden.«

tagswahlkampf kann man das ganz deutlich sehen. Nun versuchen sich alle Parteien als Mitmach-Parteien darzustellen, um neue Anhänger und Mitglieder zu gewinnen. Dieser Prozess wurde durch die Piratenpartei sicherlich stark beschleunigt. Denn bei der Piratenpartei kann – oder konnte man zumindest bis vor Kurzem – auch als Neumitglied relativ schnell wichtige Funktionen übernehmen. Das sieht bei den etablierten Parteien anders aus, schon allein aufgrund der größeren Mitgliederzahl. Da muss man sich im Normalfall erstmal einige Jahre beweisen und hocharbeiten, bevor man eine hervorgehobene Position einnehmen kann.

Und das schreckt viele Jugendliche ab. Bei der Piratenpartei funktionierte das hingegen bis vor Kurzem eher wie bei einer Bürgerinitiative: Wer genügend Engagement mitbrachte, der konnte ganz schnell Sprecher oder Vorsitzender sein. Mittlerweile stößt die Partei hier aber auch an gewisse Grenzen, was man gerade beim letzten Parteitag in Bochum miterleben konnte. Denn wenn alle immer überall mitmachen und mitreden dürfen, dann führt das zwangsläufig zu Problemen bei der Effizienz. Und

die ist bei einer so schnell wachsenden Organisation auch nicht ganz unwichtig.

Andererseits zeigt die Piratenpartei ja gerade, dass institutionalisierte Formen der politischen Partizipation auch heute noch junge Menschen ansprechen können – wenn sie zeitgemäß organisiert sind, eine hohe Offenheit ausstrahlen und auch unverbindlichere Partizipationsmöglichkeiten – quasi als »Schnupperkurs« – anbieten. Mein Gefühl ist, dass die Attraktivität der Piraten für Jugendliche vor allem durch ihr offenes und unarrogantes Auftreten zu erklären ist. Damit meine ich vor allem die Ehrlichkeit, auch zuzugeben, wenn man zu einem Thema einmal nichts oder noch nichts zu sagen hat. Natürlich kann man das gerade bei zentralen politischen Themen nicht ewig so machen. Aber gerade bei Problemen, die neu auftreten und vielleicht auch noch sehr komplex sind, ist es ja häufig ehrlicher, als Politiker auch einmal zuzugeben, dass man dazu noch keine fundierte Meinung hat. Das erlebt man bei den etablierten Parteien aber sehr selten. Stattdessen flüchten sich deren Politiker dann häufig in Wortwolken, abgedroschene Phrasen oder Politiker-Chinesisch, häufig gepaart mit einem sehr

arroganten und selbstgewissen Auftreten. Und genau das wirkt meiner Einschätzung nach auf viele Jugendliche sehr abschreckend. Insofern hat die Piratenpartei hier sicherlich schon einen positiven Beitrag zur Veränderung der politischen Kultur geleistet – auch bei den etablierten Parteien.

**D&E:** Was könnte und sollte die politische Bildung innerhalb und außerhalb des Schulunterrichts für Angebote zur Stärkung der Partizipationsbereitschaft Jugendlicher machen und wie kann sie am besten Jugendliche erreichen?

**Jan Kercher:** Ein guter und vor allem ansprechender Politik-Unterricht in der Schule ist für mich nach wie vor das beste Mittel, um Jugendlichen die Bedeutung von politischer Partizipation näherzubringen. Denn die Schule ist der einzige Ort, an dem man alle Jugendlichen erreichen kann. Und sie genießt bei den Jugendlichen nachweislich einen Ruf als Ort für eine objektive Informationsvermittlung. Weshalb die Jugendlichen von der Schule auch erwarten, dass sie ihnen die Informationen und Fähigkeiten vermittelt, die für ein Verständnis der politischen Prozesse und Beteiligungsformen nötig sind. Darüber hinaus halte ich Projekte, wie sie zum Beispiel zur Vorbereitung der Wahlaltersenkung in Bremen durchgeführt wurden, für sehr begrüßenswert. Also etwa Juniorwahlen, Workshops, Projektstage, Planspiele oder auch Podiumsdiskussionen, die sich speziell an Jugendliche richten. Gerade die Methode des Planspiels halte ich für sehr gut geeignet, um Jugendlichen die komplexen Prozesse zu vermitteln, die im politischen Alltag relevant sind.

Ich war selbst früher als Teamer im »Juniorteam Europa« aktiv, einem Peer-Group-Education-Projekt, das von der LMU München ins Leben gerufen wurde. Die Idee ist hier, dass junge Menschen anderen jungen Menschen die Bedeutung der europäischen Institutionen vermitteln. Und zwar vor allem durch die Teilnahme an Planspielen, in denen unterschiedliche europäische Szenarien durchgespielt werden. Meine Erfahrungen mit dieser Methode waren immer sehr positiv. Nach der Teilnahme an den Planspielen konnten die Jugendlichen sehr viel besser verstehen, was Politik im Alltag häufig so mühsam macht und warum am Ende eben oft »nur« Kompromisse herauskommen, die auf den ersten Blick vielleicht unbefriedigend erscheinen. Durch die Teilnahme an einem Planspiel lernt man nämlich relativ schnell, dass solche Kompromisse ein Wesensmerkmal von demokratischen oder partizipativen Abstimmungsprozessen sind und beurteilt sie deshalb dann nicht mehr so negativ wie davor. Und: Man kann danach auch sehr viel besser einschätzen, was Politiker täglich leisten. Auch die Politik- oder Politikerverdrossenheit kann also auf diese Weise – zumindest bei einigen Jugendlichen – gesenkt werden.

**D&E:** Die Universität Stuttgart-Hohenheim, an der Sie bisher gearbeitet haben, hat verschiedene Untersuchungen zu Verständlichkeit von Politikersprache und Wahlprogrammen gemacht. Neigen nicht gerade junge Menschen dazu, für personalisierte und emotionalisierte Wahlkämpfe, vielleicht nach us-amerikanischem Vorbild, besonders empfänglich zu sein? Anders ausgedrückt: Droht nicht das Niveau der Wahlkampfauseinandersetzung durch die Senkung des Wahlalters noch weiter herabzusinken?

**Jan Kercher:** Zunächst einmal: Die Jugendlichen im Alter von 16 und 17 Jahren würden bei einer Wahlaltersenkung nur einen sehr kleinen Teil der Wählerschaft ausmachen. Es ist also kaum zu erwarten, dass die Entwicklung der Wahlkampfführung durch solch eine Änderung entscheidend beeinflusst würde. Auch die Themen der Wahlkämpfe werden sich deshalb meiner Einschätzung nach nicht grundlegend ändern. Denn die Masse der Wähler befände sich auch nach einer Wahlaltersenkung noch immer im älteren

Teil der Bevölkerung. Und diese Masse beeinflusst – zumindest bei den beiden Volksparteien – natürlich in erster Linie die Themensetzung. Kleinere Parteien wie die Grünen oder die Piraten wenden sich hingegen mit ihrer Themensetzung heute schon häufiger auch an jüngere Wählergruppen – auch da würde sich also nur bedingt etwas ändern. Am ehesten wären aus meiner Sicht also Änderungen bei den Themensetzungen der FDP und der Linken zu erwarten. Denn beides sind Parteien, die sich bislang nicht durch eine gezielte Ansprache von Jungwählern hervorgetan haben, bei denen aber gleichzeitig auch kleinere Wählergruppen wie die 16- und 17-Jährigen durchaus wahlentscheidende Bedeutung haben können.

Selbiges gilt leider auch für die rechtsradikalen Parteien. Was mich hier besonders nachdenklich stimmt, sind die Befunde aus der bereits erwähnten Sora-Studie zur österreichischen Nationalratswahl 2008, die u.a. vom Bundeskanzleramt und vom österreichischen Parlament in Auftrag gegeben wurde. Nach den Befunden dieser Studie bewerteten die befragten Jugendlichen schon allein das Herausstellen eines klaren, von der Mehrheitsmeinung abweichenden Standpunktes durch eine Partei positiv. Selbst dann, wenn dieser Standpunkt von der eigenen Meinung

abweicht. So lehnte zum Beispiel eine Mehrheit der befragten Jugendlichen den Standpunkt der FPÖ zur Einwanderungspolitik ab – bewertete aber gleichzeitig die klare Selbst-Positionierung der Partei in dieser Frage positiv. Eventuell sind es also gar nicht unbedingt immer die Themen selbst, die entscheidend sind für die Ansprache jüngerer Wähler – sondern v.a. auch die Art und Weise, wie diese Standpunkte kommuniziert und vertreten werden.

Die österreichischen Forscher stellten nämlich auch fest, dass die Themen, die von den beiden Rechtsparteien FPÖ und BZÖ propagiert wurden, auf der Prioritätenliste der Jugendlichen eigentlich ganz unten standen. Trotzdem wurden sie gerade von den 16-Jährigen überproportional gewählt.

Das ist aus meiner Sicht auch nicht ganz überraschend: Für jemanden, der gerade erst beginnt, sich mit dem Thema Politik auseinanderzusetzen, kann das typische Auftreten von Parteien und Politikern sehr leicht abschreckend wirken. Teilweise, weil man die Sprache einfach nicht versteht und teilweise vielleicht auch, weil man das Gefühl hat, dass die Politiker vieles unnötig verkomplizieren. Denn auf den ersten Blick wirkt die Lösung vieler Probleme ja sehr einfach – erst auf den zweiten Blick merkt man dann häufig, dass es nicht ganz so einfach ist. Leider gibt es aber Parteien, die den Wählerinnen und Wählern vorgaukeln wollen, dass es sehr wohl so einfach ist. Und diese bewegen sich eben meistens an den politischen Rändern. Gerade hier sehe ich also eine Hauptaufgabe der politischen Bildung. Also darin, den Jugendlichen zu vermitteln, dass das Auftreten einer Partei nie wichtiger sein sollte als deren politische Ziele. Und dass man immer misstrauisch sein sollte, wenn eine Partei allzu einfache Lösungen verspricht. Denn in unserer heutigen, hoch entwickelten und pluralistischen Gesellschaft gibt es nur noch für wenige politische Probleme wirklich einfache Lösungen.

Eine klare und einfache Politikersprache ist deshalb natürlich nicht falsch – ganz im Gegenteil. Ich halte es gerade für die Ansprache von Jugendlichen für sehr wichtig, sich nicht in unnötigem Politiker-Chinesisch zu ergehen. Aber die klare Sprache sollte eben nicht einhergehen mit einer unzulässigen Simplifizierung politischer Zusammenhänge. Denn auch komplexe Zusammenhänge lassen sich meistens mit recht einfacher Sprache beschreiben, wenn man sich entsprechend bemüht. Bei links- und rechtsradikalen Parteien geht die einfache Sprache aber häufig mit einer unzulässigen Vereinfachung der politischen Probleme

»Die Methode des Planspiels halte ich für sehr gut geeignet, um Jugendlichen die komplexen Prozesse zu vermitteln, die im politischen Alltag relevant sind.«

einher. Und das muss man Jugendlichen innerhalb und außerhalb der Schule vermitteln.

**D&E:** Häufig heißt es, dass sich Jugendliche von elektronischen Medien, wozu neben den privaten TV-Stationen insbesondere auch die digitalen Angebote des Internets zählen, sehr stark manipulativ bestimmen ließen. Denken Sie, dass über die Herabsetzung des Wahlalters sowie eine verstärkte verpflichtende politische Bildung in den Schulen dieser Tendenz Einhalt geboten werden kann und Jugendliche in ihrem Alter bereits erkennen können, wann eine politische Frage Zukunftsthemen aufwirft, um die im GG (Art. 20 a) als Staatsziel geforderte Generationengerechtigkeit umzusetzen?

**Jan Kercher:** Meiner Einschätzung nach sollte man von mit einer Absenkung des Wahlalters keine unrealistischen Erwartungen verbinden. Häufig wird zum Beispiel behauptet, eine Wahlaltersenkung würde zu einem Anstieg der Wahlbeteiligung führen – was nicht stimmt. Natürlich wird durch eine Wahlaltersenkung die absolute Zahl der abgegebenen Stimmen steigen – woraus man möglicherweise eine stärkere Legitimationsfunktion der Wahl ableiten kann, weil ein größerer Teil der Bevölkerung durch die Wahl repräsentiert wird. Aber relativ betrachtet wird sich kaum etwas an der Wahlbeteiligung ändern, weil auch bei den neuen Erstwählern keine höheren Beteiligungsraten zu erwarten sind als bei den heutigen Erstwählern. Das sieht man ganz deutlich, wenn man sich einmal Wahlen anschaut, bei denen das Wahlalter bereits gesenkt wurde.

Was die Beeinflussbarkeit von Jugendlichen betrifft: Auch mit einem niedrigeren Wahlalter und verstärkter politischer Bildung werden Jugendliche immer etwas leichter zu beeinflussen sein als ältere Menschen. Das ist auch vollkommen natürlich: Als junger Mensch verfügt man einfach über einen sehr viel geringeren Erfahrungsschatz – sowohl im politischen Bereich als auch im unpolitischen Bereich – als ältere Menschen und auch über weniger gefestigte Einstellungen. Das macht zwangsläufig anfälliger für Beeinflussung durch persuasive Kommunikation – sei es nun durch Parteien oder die kommerzielle Werbeindustrie. Natürlich kann man Jugendliche durch entsprechende politische Bildung auf solche Beeinflussungs- oder Manipulationstechniken vorbereiten und sie damit auch etwas besser schützen als dies bislang der Fall ist.

Aber den Effekt der Lebenserfahrung wird man damit natürlich nicht komplett kompensieren können. Das wäre zu viel erwartet. Ebenfalls zu viel erwartet wäre aus meiner Sicht deshalb übrigens auch die Wunschvorstellung, dass sich Jugendliche durch eine Wahlaltersenkung von heute auf morgen brennend für Rentenpolitik interessieren werden. Denn es ist schlicht und einfach menschlich, dass man sich – angesichts eines begrenzten Zeitbudgets – zunächst einmal mit den Dingen beschäftigt, die einen aktuell betreffen – und nicht erst in 40 oder 50 Jahren. Daran wird man auch durch noch so frühe politische Bildung nur bedingt etwas ändern können. Natürlich kann und sollte man in der politischen Bildung von jungen Menschen trotzdem versuchen, die »versteckten« Bedeutung bestimmter Themen zu vermitteln, deren konkrete Auswirkungen sich für die heutigen Jugendliche vielleicht erst in vielen Jahren oder Jahrzehnten bemerkbar machen. Das ist aus meiner Sicht aber eine generelle Aufgabe von politischer Bildung und nicht etwas, das ich in erster Linie von einer Wahlaltersenkung erwarte.

Wenn man sie richtig und mit dem nötigen Vorlauf umsetzt, dann denke ich, dass eine Wahlaltersenkung ein wichtiger Beitrag sein

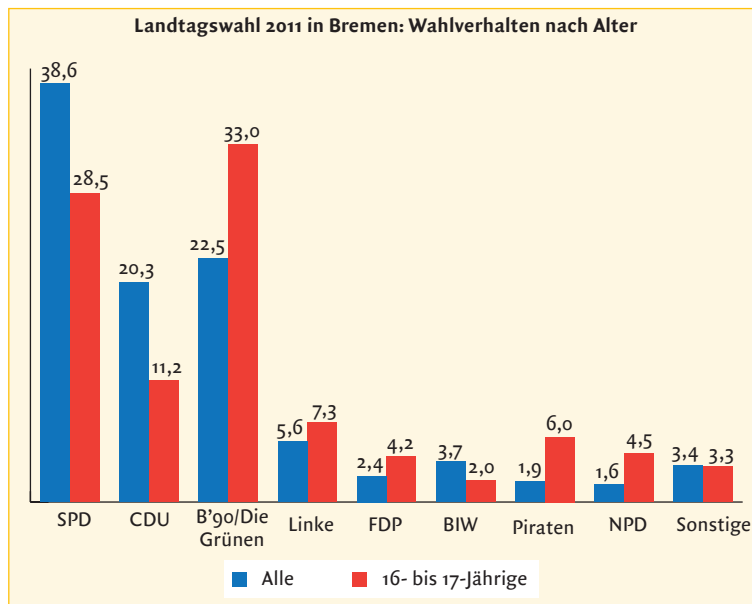


Abb. 7 Landtagswahlen 2011 in Bremen, nach Wahlalter © Jan Kercher, Daten: Landeswahlleiter

## »Man sollte mit einer Absenkung des Wahlalters keine unrealistischen Erwartungen verbinden«

kann, um Jugendliche bereits vor dem Verlassen der Schule an politische Themen heranzuführen und ihnen die Relevanz politischer Prozesse und politischer Diskussionen – auch für ihr eigenes Leben – zu verdeutlichen. Wenn das gelingen würde, dann wäre das schon einmal sehr erfreulich. Denn solche frühen, positiven Erfahrungen prägen die politische Sozialisation auf entscheidende Weise und haben auch eine sehr langfristige Wirkung auf das generelle politische Interesse. Sie werden sich also auch dann noch bemerkbar machen, wenn die heutigen Jugendlichen einmal nicht mehr ganz so jung sind. Auf diese Weise könnte sich – ebenfalls langfristig betrachtet – auch die gesellschaftliche

Wahrnehmung von Politik insgesamt verbessern. Mit anderen Worten: Die »Politikverdrossenheit«, von der heute so oft zu lesen ist, könnte möglicherweise gesenkt werden. Das bedeutet im Umkehrschluss übrigens auch, dass sich die Politik dann auf eine anspruchsvollere und beteiligungsstärkere Bürgerschaft einstellen sollte. Man kann ja nicht erwarten, dass die Leute sich mehr für Politik interessieren, aber trotzdem immer alles brav abnicken, was die

Regierenden beschließen.

Diese indirekten und langfristigen Wirkungen einer Wahlaltersenkung sollte man meiner Meinung nach aber mit gewisser Vorsicht behandeln. Denn ob und wann sie wirklich eintreffen, lässt sich heute noch nicht sagen.

### Literaturhinweise

Kercher, Jan: Fit fürs Wählen. Ergebnisse einer experimentellen Studie zum Wahlrecht ab 16. [www.politische-bildung-rlp.de/fileadmin/download/Schupp-Kuehl/Vortrag\\_LpB\\_RLP\\_mit\\_Zusatzauswertungen.pdf](http://www.politische-bildung-rlp.de/fileadmin/download/Schupp-Kuehl/Vortrag_LpB_RLP_mit_Zusatzauswertungen.pdf)

Kozeluh, Ulrike, u. a. (2009): »Wählen mit 16« – Eine Post Election Study zur Nationalratswahl 2008. Befragung – Fokusgruppen – Tiefeninterviews. <http://images.derstandard.at/2009/05/15/studie.pdf>

Tenscher, Jens/Philipp Scherer, Philipp (2012): Jugend, Politik und Medien. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen von Jugendlichen in Rheinland-Pfalz. LIT Verlag, Münster u. a.